

Verbürgte statt beliebige Nachhaltigkeit

Dr. Günther Bachmann, Berlin

2. Entwurf zum Impulsreferat am 7. Mai 2010

Symposium „60 Jahre Deutscher Naturschutzring (DNR)
Haus zur Wildnis, Ludwigsthal im Nationalpark Bayerischer Wald

Vorbemerkung von Hubert Weinzierl:

Vor 60 Jahren wurde der Deutsche Naturschutzring als Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände gegründet. 40 Jahre ist es nun her, dass das 1. Europäische Naturschutzjahr eine Epoche einläutete, die unser Anliegen zur Bewahrung der Schöpfung und zur Verantwortung gegenüber unserer Umwelt fest in der Agenda unserer Gesellschaft verankerte. Vieles hat sich seither zum Positiven gewendet. Aber noch viel mehr bleibt zu tun. Die Probleme sind größer geworden.

Der DNR nimmt die runde Jahreszahl zum Anlass, eine Leitbild-Debatte zu führen. Wir fragen nach der Wirkung unserer Aktivitäten und ziehen Bilanz. Wir wollen ausloten wie unser Verständnis von Naturschutz am besten den Anforderungen der Nachhaltigkeit entspricht. Wir wollen diskutieren, wie wir den gerechten und verantwortungsvollen Umgang mit der Natur zu einem neuen Kultur-Entwurf machen können und wie sich der DNR wirkungsvoll in diese Entwicklung einbringen kann.

Der DNR führt diese Debatte zu drei Schwerpunktthemen: Naturverständnis, Nachhaltigkeit, Wachstum. Ich danke Herrn Dr. Günther Bachmann für seine Bereitschaft, zum zweiten Thema – dem der Nachhaltigkeit – einen Impuls für unsere Diskussion zu geben.

Diesem Impulsreferat ging ein partizipativer Dialog voraus. Erste Thesen des Autors wurden am 23. März 2010 in einem DNR-Gesprächskreis diskutiert, zu dem ich die interessierten Kreise im DNR eingeladen hatte. Ich bedanke mich für die intensive Diskussion und die weiterführenden Kommentare und Hinweise der Teilnehmer. Ich danke Herrn Bachmann dafür, dass er umgehend den ersten Entwurf des Impulsreferates erstellt hat und wiederum dem DNR zur Vorbereitung des Symposiums „Vom Naturschutz zur Nachhaltigkeit“ im Rahmen der Festveranstaltung „60 Jahre Deutscher Naturschutzring (DNR)“ zur Verfügung stellt und damit zur Diskussion einlädt.

Ich bitte alle Interessenten, von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen und Kommentare an die DNR-Geschäftsstelle Bonn, zu Händen Helmut Röscheisen (helmut.roescheisen@dnr.de) zu senden.

Verbürgte statt beliebige Nachhaltigkeit

Konsequenzen

Ideen und Aktionen zur Nachhaltigkeit haben in den letzten Jahren mehr Erfolg als je zuvor. Nachhaltigkeit ist kein Nischenthema mehr. Das ist ein Erfolg. In den 80er und 90er Jahren war Deutschlands Nachhaltigkeitspolitik hauptsächlich eine Diskussion. Es ging um Programme und Konzepte, in wissenschaftlichen Kreisen, auf politischer und vor allem auf der lokalen Ebene. Allerdings kam man nicht so recht voran. Die Mehrzahl der lokalen Initiativen stagnierte, die Konzept-Debatten reduzierten den kleinen Kreis von Interessierten noch mehr. Der Begriff galt als sperrig, sein Inhalt als wenig attraktiv und zudem oft beladen mit Schuldzuweisungen und Verzichtsforderungen.

Seit einigen Jahren aber nimmt die Nachhaltigkeitspolitik an Fahrt auf. Die Ignoranz der 70 und 80er Jahre, mit der ein politischer Mainstream das umweltorientierte Denken marginalisieren und oft geradezu lächerlich machen konnte, indem zum Beispiel die Frage nach den Lebensstilen als notorische Besserwisserei von Besserverdienenden denunziert, funktioniert nicht mehr. Das Thema Nachhaltigkeit geht nicht mehr weg. Nachhaltigkeit ist ein Thema für die zeitgemäße Bestimmung von Fortschritt und Verantwortung, Freiheit und Kultur geworden. Dieser Erfolg ist nicht weniger, aber auch nicht mehr als ein Signal für ethische Bereitschaft zum Handeln und eine weit verbreitete Verunsicherung bei der Suche nach den geeigneten politischen Schlussfolgerungen.

- Heute ist Nachhaltigkeit viel praktischer und eingreifender als zuvor; dadurch ist sie lebensnäher und überzeugender. Sie basiert auf einer Reihe von „einfachen Wahrheiten“. Die Idee der Nachhaltigkeit hat über das unmittelbare Umweltthema durch die Krise des globalisierten Finanzmarktes an Glaubwürdigkeit und Wirksamkeit gewonnen. Sie kommt in der Gesellschaft an. – Jedoch nimmt ein die Beliebtheit und die fast modisch zu nennende Nutzung des Begriffes zu, die mitunter inhaltlich falsch oder unverstanden ist. Es ist zu befürchten, dass inhaltliche Unschärfe zu sozialer Ohnmacht führt, wenn dem nicht konsequent entgegen gewirkt wird.
- Aus der Politik kommen wichtige Signale für eine wirksamere Nachhaltigkeitspolitik, führende Unternehmen greifen das Thema auf, das Wissen um Probleme und Lösungen wird weiter vertieft. – Jedoch sind diese Signale oft prekär, wo sie auf den Mainstream treffen, der auf fortschrittsnaiven und ressourcen-blinden Alt-Strategien beharrt. Es kommt daher darauf an, die „Signalstärke“ zu verstärken und die Glaubwürdigkeit von Nachhaltigkeit zu verbessern.
- Nachhaltigkeit wird zunehmend als eine Herausforderung begriffen, Ziele des eigenen (!) Handelns zu diskutieren und festzulegen, Prozesse zu initiieren und einen strukturellen Wandel zu beginnen. – Jedoch bleibt die tatsächliche Wirksamkeit des nachhaltigen Handelns beschränkt, wenn die eigene, praktische Kompetenz der Akteure nicht drastisch erweitert wird.

Schritte machen

Was könnten die nächsten Schritte sein, um die großen Veränderungen, die unsere Gesellschaft vor sich hat, wirklich ins Werk zu setzen? Zwanzig Jahre nach der Weltkonferenz für Umwelt und Entwicklung im brasilianischen Rio de Janeiro, die 1992 zum so genannten Erdgipfel wurde, steht eine – auch umweltpolitische – Neuvermessung der globalen Nachhaltigkeitspolitik an. Jeder weiß oder spürt es mindestens, dass es so wie es jetzt geht kaum mehr auf Dauer gehen kann. Mit den Konzepten der Vergangenheit ist Zukunft nicht zu schaffen. Mit dem Hoffen auf undifferenziertes und Grenzen verdrängendes Wirtschaftswachstum, das zudem noch mit fragwürdigen Methoden gemessen wird, sind eine nachhaltige Wirtschaft und ein nachhaltiger Konsum nicht auf Dauer aufzubauen. Mit dem Anhäufen von Schulden – seien es ökologische Schulden durch Übernutzung der natürlichen Ressourcen oder fiskalische Schulden gegenüber der nächsten Generation von Steuerzahlern – ist keine zukunftsfeste Politik zu machen. Mit einem Fortschritt, der Natur nur als das zu Beherrschende sieht, dessen Vernichtung mithin hinzunehmen ist, sind Verantwortung und Freiheit nicht zu erhalten.

Das Konzept der Nachhaltigkeit fordert von uns allen, Entscheidungssysteme politischer und wirtschaftlicher Institutionen sowohl auf ökologischer als auch auf ökonomischer und sozialer Seite neu zu ordnen und Spielregeln neu zu finden. Das gilt sowohl auf globaler als auch auf nationaler Ebene. Das gilt für den Staat und die Wirtschaft ebenso wie für zivilgesellschaftliche Institutionen und die Wissenschaft.

Es spricht viel dafür, dass weitere Impulse letztlich nur aus den praktischen Erfahrungen der Vorreiter kommen werden; dabei liegt eine große Verantwortung bei den Unternehmen mit erfolgreichem Nachhaltigkeitsengagement einerseits und der Zivilgesellschaft andererseits.

Primat des Politischen

Eine Mode ist etwas Vorübergehendes, Einstweiliges. Nachhaltigkeit ist keine Modeerscheinung. Die nicht nachhaltigen Trends – Klimawandel, Ressourcenvergeudung, Artensterben, fiskalische Mega-Schulden, demographischer Wandel – sind keine vorübergehende Erscheinung, sondern festgefügte Strukturen. Nachhaltigkeitspolitik ist daher mindestens ebenso auf Dauer angelegt, wie es diese Mega-Trends sind. Allerdings ist diese Beschäftigung für viele Menschen etwas Neues und erscheint ihnen womöglich als „Mode“. Es ist eine oft arglose, mitunter auch ahnungslose und wohl nur zu einem geringen Anteil auch gezielt störende Art, alles und jedes als „nachhaltig“ zu bezeichnen, was der eigentlichen Definition nicht standhält. Aus dieser Art von Mode etwas dauerhaft Produktives zu machen, das sich in das kulturelle Gedächtnis der Gesellschaft einwebt, ist die Konsequenz aus zehn Jahren Nachhaltigkeitspolitik.

Ähnlich wie die Begriffe Demokratie, Gerechtigkeit, Freiheit signalisiert Nachhaltigkeit ein Konzept zum Wohl der Allgemeinheit. Nachhaltigkeit ist ein Begriff mit hohem Wert. Niemand propagiert öffentlich, etwas bewusst Unnachhaltiges oder Undemokratisches tun zu wollen. Hochwertwörter haben durchaus absichtsvoll eine gewisse Unschärfe, weil sie den Adressaten auffordern, selbst etwas zu tun. Die Unschärfe fördert und erzwingt die gesellschaftliche Diskussion um Inhalte, Ausgestaltung und Prioritäten. Sie fördert die Debatte. Indessen kommt eine echte Debatte nur dann zustande, wenn der vertiefte Begriffsinhalt fachlich und politisch erklärt, verteidigt und immer wieder auf's Neue begründet wird. Hieran mangelt es zurzeit. Deshalb gibt es heute – anders als in der Umweltbewegung der 70er Jahre – keine zivilgesellschaftliche Institution, die sich aus der

unterschiedslosen Anzahl derer heraushebt, die den Begriff Nachhaltigkeit nachlässig verwenden und abschleifen. Von der bloßen Anwendung eines Begriffes bis zur konsequenten Wortführerschaft ist es ein weiter Weg.

Dieser Umstand fordert die Naturschutz- und Umweltbewegung heraus. Mit der Qualität ihrer Antwort auf die Nachhaltigkeits-Frage entscheidet sie letztlich darüber, ob und welchen Platz die zivilgesellschaftliche Natur- und Umweltschutzbewegung in der Gesellschaft hat und in Zukunft haben will. Bisher jedenfalls ist die umweltpolitische Kritik an der beliebigen und modischen Verwendung des Begriffes Nachhaltigkeit durchaus zwiespältig.

Richtig ist das angemahnte Primat des Inhaltes. Es muss fortwährend angemahnt und unter Beweis gestellt werden. So manifestiert sich – beim Thema Nachhaltigkeit – das Primat des Politischen gegenüber der entpolitizierenden Boulevard-Version eines beliebigen Nachhaltigkeitsverständnisses.

Falsch ist die Festungsmentalität. Sie kommt auf, wenn man auf der reinen Lehre besteht und viele zunächst inhaltsoffene Bemühungen als Boulevard abtut und in die semantische Schmutzkinder-(Begriffs)Welt verweist. Dann baut sie keine Eigenkompetenz auf und nimmt die gesellschaftliche Suche nach Wegen in die Nachhaltigkeit nicht ernst.

Wir müssen lernen, mit der neuen Beliebigkeit im Umgang mit dem Begriff Nachhaltigkeit kritisch umzugehen ohne sie zu legitimieren, aber auch ohne sektiererische Abgrenzung und ohne die Delegitimierung derjenigen, die neue Wege gehen. Das geht aber nur, wenn sie die „Nachhaltigkeit“ als Herausforderung annehmen, das eigene Handeln im Hinblick auf soziale und ökologische Kriterien zu überprüfen und fortzuentwickeln. Das ist nicht trivial. Dafür ist es notwendig, den institutionellen Rahmen des Handelns zu verändern. Ethik ist nicht teilbar. Ethische Maßstäbe an das Verhalten anderer, zum Beispiel globaler Konzerne anzulegen, setzt voraus, dass diese auch das eigene Handeln leiten. Man kann nicht allgemein über Lebensstile und Nachhaltigkeit sprechen, ohne dass man selbst weiß woher der Strom des eigenen Hauses kommt.

Aufgabe: Code der Nachhaltigkeit

Die aktuelle politische und wirtschaftliche – und auch die kulturelle – Bedeutung von Nachhaltigkeit ist nur verstehbar, wenn man den ökologischen Kern der Nachhaltigkeits-Idee versteht und nachvollziehbar macht. Der ökologische Code wird seit Carl von Carlowitz damit beschrieben, dass aus einem (Forst-)Bestand nur so viel (Holz) entnommen werden darf wie nachwächst. Seitdem hat Nachhaltigkeit einen ökologischen Code. Er ist inzwischen ausdifferenziert und auch auf soziale und fiskalische Gegebenheiten hin interpretiert worden. Wer den ökologischen Code der Nachhaltigkeit beschreiben, inhaltlich belegen und fortwährend auf aktuelle Fragen hin interpretieren kann, ist in einer guten Position, die Entwicklung der Gesellschaft erfolgreich mitzugestalten.

Die UN-Weltkommission für Umwelt und Entwicklung (nach ihrer Vorsitzenden, der ehemaligen norwegischen Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland, auch als Brundtland-Kommission bekannt) hat 1987 die internationale Debatte über Entwicklungs- und Umweltpolitik maßgeblich durch die politische Einführung der Idee der Nachhaltigkeit beeinflusst. Den Ausgleich zwischen global erforderlichem Umweltschutz und dem entwicklungspolitischen Recht auf wirtschaftliche Entwicklung beschreibt sie wie folgt:

„Entwicklung zukunftsfähig zu machen, heißt, dass die gegenwärtige Generation ihre Bedürfnisse befriedigt, ohne die Fähigkeit der zukünftigen Generation zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse befriedigen zu können.“ Diese Definition ist bis heute gültig und erlaubt erstmals eine Herangehensweise, um die üblicherweise getrennt behandelten Umweltprobleme, Lösungen zur Überwindung der Armut, der Rahmenbedingungen wirtschaftlicher Wachstumsstrategien und sozialpolitischer Aspekte integrativ zu behandeln.

Integratives Denken, Langfristigkeit, Partizipation und die jeweils aktuellen Wissensgrundlagen um Ressourcen werden in der Nachhaltigkeitspolitik als regulative Prinzipien mit dem Ziel eingesetzt, die natürlichen Lebensgrundlagen zu bewahren. Auf dieser Basis lässt sich eine Reihe einfacher Wahrheiten formulieren.

- Was kommt, muss bleiben können. Die Erhaltung des Bestands an ökologischen Ressourcen ist ein modernes Projekt. Bestandserhaltung – egal, ob im Hinblick auf ökologische, soziale oder fiskalische Ressourcen - ist nicht Erstarrung, im Gegenteil: Wer den Bestand der natürlichen Lebensgrundlagen auch in einer Welt mit neuen Milliarden Menschen erhalten will, steht vor den größten Innovationen, die die Menschheit je vor sich hatte.
- Verantwortung für die Zukunft hat jeder, der sie erleben will. Verantwortung fängt bei der Eigenverantwortung an, zum Beispiel für Produkte, Produktionsweisen, Einkauf und Mobilität.
- Nachhaltigkeit hat Maß und Zahl. Erneuerbare Ressourcen können nur soweit genutzt werden wie sie sich regenerieren. Die Nutzung endlicher Ressourcen ist endlich und daher nicht zukunftsfähig. Unterhalb dieser Grenzen der Verfügbarkeit begrenzt die Anpassungsfähigkeit der Ökosysteme und die menschliche Gesundheit die Ressourcenverwendung, wenn diese Schadstoffen und Klimagasen freisetzt.
- Es soll fair zugehen, wenn gehandelt wird. Das ist ein Grundsatz, der sich an globale Warenströme ebenso anlegen lässt wie an den regionalwirtschaftlichen Austausch von Produkten und Dienstleistungen.

Diese Grundsätze verlangen informierte Entscheidungen und fragen nach Orientierung. Heute nimmt der Bedarf an Orientierungswissen zu. Die Informationsflut und die Beliebigkeit gesellschaftlichen Diskurses, aber die mangelnde Glaubwürdigkeit so mancher Goodwill-Aktion in der Politik und in der Wirtschaft lassen viele Menschen nach Orientierung fragen. Wem kann man (noch) glauben? Wessen Informationen sind glaubwürdig?

Völlige Sicherheit des Wissens kann nicht zur Voraussetzung für Entscheidungen gemacht werden. Dies würde die Politik und Zivilgesellschaft in eine unangemessene Warteposition gegenüber der Wissenschaft zwingen. Um den Bestand zu erhalten, muss man ihn kennen und umfangreich in die Erforschung des Erde-Umwelt-Systems investieren. Wissenschaftliches Wissen vertieft Kenntnisse und verbessert informierte Entscheidungen; es darf solche Entscheidungen allerdings nicht blockieren. Umsichtige und „gute“ Entscheidungen sind vor allem dann nötig, wenn das Wissen unsicher ist. Eine wissenschaftliche Fundierung schadet keiner politischen Entscheidung, solange letztere offen ist und neue Einsichten verarbeiten und berücksichtigen kann. Das Primat des Politischen gilt besonders dann, wenn die Wissensbasis unsicher ist und das Risiko des Nichthandelns gleichzeitig hoch.

Nachhaltigkeit verbürgen

Nachhaltigkeit braucht einen starken Bürger. Er soll Orientierung geben und gewährleisten, dass nachhaltig ist, wo Nachhaltigkeit draufsteht. Die Vielfalt der Ansätze, die Vielfalt der Akteure, die Unterschiedlichkeit der Prozesse sind eine Stärke der Nachhaltigkeitspolitik. Komplexität spiegelt Lebensnähe. Der Vorschlag spricht in voller Absicht von der Idee des Bürgen und der Bürgschaft, nicht zum Beispiel von Haftung und Haftpflichtrecht. Natürlich ist keine Gesellschaft ohne Haftungsrecht denkbar. Nachhaltigkeit geht nur mit einem funktionierenden Rechtsstaat und klassischen Ordnungs-Instrumenten, aber ebenso unabdingbar ist eine nachhaltige Wirtschaft und eine aktive Zivilgesellschaft. Dies alles gehört notwendigerweise dazu, wenn Nachhaltigkeit zu einer kulturellen Konvention werden soll. Von allen Ansatzpunkten liegt der stärkste Hebel jedoch bei dem zivilgesellschaftlichen Engagement. Hier setzt die Idee der Bürgschaft an.

Der Bürge gibt Orientierung in einer sich ständig weiter individualisierenden Welt. Bürgschaft ist ein freiwilliger Akt und ein positiver Schritt; Haftung ist in der Regel eine Pflicht, die durch ein Misstrauen begründet wird. Wege in eine nachhaltige Weise des Wirtschaftens und Konsumierens sind nur denkbar, wenn alle oder möglichst viele Menschen mitmachen. Allerdings darf man sich nicht an die Langsamsten und Letzten binden und den Fortschritt der Vielen nicht zur Geißel der Wenigen machen.

Der Gedanke ist neu. Bürgschaften und die Rolle eines zivilgesellschaftlichen Bürgen sind im Kern ethische Kategorien. Die Instanz des Bürgen und der Bürgschaft ist zu einem geringen, aber nicht unmaßgeblichen Teil Gegenstand bürgerlichen Rechts und finanzwirtschaftlicher Verfahren. In dem hier gemeinten umfassenden Sinn ist die Bürgschaft eine Kategorie der Zivilgesellschaft. Jedenfalls – so wird hier vorgeschlagen – sollte sie es sein. Hierzu gibt es noch keine Praxis. Die Idee ist noch nicht ausprobiert. Das Anliegen erscheint ungewöhnlich, weil es die Schnittstelle von Zivilgesellschaft, Staat, Wirtschaft sowie den Menschen mit ihren Lebensgewohnheiten und Lebensstilen neu denkt. Aber 60 Jahre Naturschutz sollten Anlass genug sein, mit neuen Konzepten für die Bewahrung von Natur und die nachhaltige Nutzung der Umwelt zu starten. Der Blick auf das Jahr 2050 erfordert von uns, die große Transformation / das *Grand Design 2050* mit robusten und aussichtsreichen Konzepten anzugehen.

Zwei beispielhafte Ansatzpunkte:

1. Nachhaltigkeitsstrategie für Biosphärenreservate:

Biosphärenreservate könnten im regionalen Konzert der Lösungen, Wege und Ansätze für eine nachhaltige Entwicklung eine besondere Rolle spielen. Von einzelnen Aktivitäten innerhalb der Reservate abgesehen, bietet es insgesamt eine große Chance, die besondere Rolle, die die UNESCO den Biosphärenreservate als „Prototypen für eine zeitgemäße Idee von Naturschutz“ und als "Modellregionen für nachhaltige Entwicklung“ zuweist, auf nationaler Ebene unter Beweis zu stellen und in die Diskussion um Nachhaltigkeitsstrategien einzubringen.

Seit den ersten Man-and-the-Biosphere Forschungsprogrammen ging es mit Recht stets darum, neues Wissen über den Zustand der Natur, die Dynamik der natürlichen Systeme und die Mensch-Erde-Interaktion so aufzubereiten, dass das Wissen den handelnden Menschen als Hilfe für neue Ansätze nachhaltigen Wirtschaftens zur Seite steht.

Von den Anfängen bis heute sind viele Veränderungen zu beobachten: Innerhalb der Biosphärenreservate, in der Zahl der Gebiete, die für Biosphärenreservate in Frage kommen, aber vor allem in der breiten Gesellschaft und Wirtschaft. Deshalb verstehen sich die folgenden Fragen als Anregung und Empfehlung, mit den spezifischen Möglichkeiten der Biosphärenreservate an den aktuellen Stand von Nachhaltigkeitsstrategien in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft anzuknüpfen.

- Wie können Biosphärenreservate soziale und ökologische Kriterien in die Finanzierung von wirtschaftlichen und kommunalen Aktivitäten zur nachhaltigen Entwicklung einbringen?
- Wie kann die regionale Wertschöpfung der Biosphärenreservate vor allem in Land- und Forstwirtschaft gestärkt werden?
- Wie können Biosphärenreservate zu einem Benchmark für nachhaltige Unternehmens- und Job-Strategien werden?
- Wie (und wann) kann es gelingen, ein Gebiet „klimapositiv“ zu bewirtschaften, das heißt: mehr Treibhausgase zu binden als freizusetzen?
- Kann es eine gemeinsame Nachhaltigkeitsstrategie der Biosphärenreservate geben?
- Kann es gelingen, eine *Charta für nachhaltiges Wirtschaften in Biosphärenreservaten* zu erarbeiten, die Finanzierung, Realwirtschaft und Regionalmarken zusammenbringt?
- Ist es möglich, einen Satz von Nachhaltigkeits-Indikatoren zu finden, der spezifisch für Biosphärenreservate ist? Kann die spezifische Wirtschaftsleistung von Biosphärenreservaten in einem regionalen Bio-Bruttosozialprodukt ausgedrückt werden?
- Kann man das Lernerlebnis Nachhaltigkeit – über die vielen guten Ansätze in bestehenden Häusern der Nachhaltigkeit und der Umweltbildung hinaus – erlebbar machen?

Sicherlich gäbe es noch weitere Fragestellungen, die etwa an die Kommunikation der Mensch-Natur-Verhältnisse anknüpfen oder sich an die Bildungseinrichtungen von Biosphärenreservaten richten. Zur regionalen Vermarktung von Produkten aus Biosphärenreservaten könnten sich sicherlich weitere Ansätze ergeben, etwa zu einem an Nachhaltigkeit orientierten Lebensstil oder zu Tourismus-Angeboten.

2. Orientierung für nachhaltigen Konsum:

Der nachhaltige Einkauf boomt. Immer mehr Menschen orientieren sich an der Nachhaltigkeit von Produkten und Dienstleistungen. Jedenfalls versuchen sie es und stoßen auf eine Vielzahl von Produktsiegeln und Kennzeichnungen für Holz und Holzprodukte, Kaffee, Brot, Tee, Milch, Obst, Fisch, Bekleidung, nachhaltige Geldanlagen, Hausbau, Kosmetik, Mobilitätsangebote, Hotelübernachtungen, Tourismus und andere mehr. Vieles ist nützlich, anderes verwirrend oder widersprüchlich. Das lässt die Frage nach glaubwürdiger und verbürgter Nachhaltigkeit entstehen.

Dass man Produkt kennzeichnet und dass mit Zertifikaten sichergestellt wird, dass diese Produkte sich von ihren konventionellen Alternativen im Hinblick auf ökologische und soziale Aspekte unterscheiden, ist ein relativ neuer Gedanke. Erst seit rund 15 Jahren verbreitet er sich stetig, in den letzten Jahren ist die Zahl von Nachhaltigkeits-Produkten sprunghaft gestiegen. Nachhaltigkeits-Zertifikate umfassen hochkomplexe Kriterien, von den Arbeitsbedingungen über Rohstoffgewinnung, materielle Produktionsbedingungen bis hin zur

Betrachtung der Benutzung und des Wegwerfens. Das ist gut und muss vertieft und ausgebaut werden.

Produktsiegel sind letztlich so etwas wie gesellschaftliche Vereinbarungen über ethische Grundsätze, die durch die Siegel und Zertifikate zum fairen Handel, zur sozial und ökologisch tragfähigen Produktion ausgedrückt werden. Schon jetzt kommt diesen Siegeln und Zertifikaten – wie sie im „*nachhaltigen Warenkorb*“ (Rat für Nachhaltige Entwicklung) abgebildet sind – die Bedeutung von Anknüpfen des Nachhaltigkeitsdenkens in Gesellschaft und Wirtschaft zu. Sie sind die Trittsteine einer nachhaltigen Wirtschaft.

Allerdings verwirrt die Vielzahl und Vielfalt von Siegeln, Standards und Produktlabels mittlerweile viele Konsumenten. Widersprüche sind nicht ausgeschlossen. Es gibt keinen präzisen und transparenten Satz von Standards zur Nachhaltigkeit. Was es allerdings gibt, sind viele Erfahrungen aus der Praxis, die benennen können, was wirklich funktioniert und was nicht, respektive wo weiterer Raum für Verbesserungen besteht. Die inhaltlichen Maßstäbe der Produktlabel sind sehr unterschiedlich, was sowohl die materiellen Anforderungen an Nachhaltigkeit angeht als auch was die Regeln zur Partizipation der Stakeholder angeht. Teils sind sie auch widersprüchlich und der soziale und ökologische Kern der Anforderungen wird zuweilen nicht deutlich. Hier besteht ein erstaunlicher Interpretationsspielraum, der bisher nicht hinreichend ausgefüllt ist. Regionalwirtschaftliche Produktion und Konsum benötigen sogar noch mehr Input und Bürgerschaftskonzepte, um zu nachhaltigen Lösungen zu kommen.

Der Weg hin zu einer nachhaltigen Wirtschaft wird mehr als diese Trittsteine brauchen. Wichtige weitere Elemente sind das Nachhaltigkeitsmanagement innerhalb der Unternehmen, seine Messbarkeit an den Märkten, die staatliche Beschaffungspolitik sowie die Rahmen und Grenzen, die sich aus Nachhaltigkeitsstrategien ergeben.

Dies alles braucht Ziel und Maß für den ökologischen Code der Nachhaltigkeit. Es braucht eine neue gesellschaftliche Praxis, um die guten Ansätze und die Erfolge des Naturschutzes zu verbinden mit Nachhaltigkeitsstrategien und den Regeln zum Management einer nachhaltigen Nutzung der Umwelt.